

Stadt Siegen

NIEDERSCHRIFT

über die 25. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses

vom: 02.10.2001
von: 16:00 Uhr
bis: 19:10 Uhr
Ort: Rathaus Geisweid, Großer

Sitzungssaal

Anwesend waren:

I. Vom Haupt- und Finanzausschuss

Bertelmann, Hans-Günter
Boller, Joachim
Dreisbach, Jürgen
Elter, Uwe
Fries, Traute
Holzäpfel, Dr., Heinz
Kirchhöfer, Karl Wilhelm
Köhl, Siegfried
Moll, Ilona
Mues, Gunter
Rothenpieler, Wilhelm
Schiemer, Hansgeorg
Schneider, Manfred
Schulte, Werner
Siebel, Helmut
Walter, Klaus-Volker

II. Beratende Mitglieder:

III. Als Zuhörer:

IV. Von der Verwaltung:

Nicht anwesend waren:

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. **Bestimmung eines Ausschussmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift**
2. **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom**
3. **Fragestunde**
- 3.1. **Zuschüsse der Stadt Siegen und Zusammenarbeit städtischer Dienststellen mit dem Zentrum für Friedenskultur (ZFK) u. a.**
4. **Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung**
5. **Unterrichtung des Rates und der Fachausschüsse
hier: Verzeichnis der nicht ausgeführten Beschlüsse (01.07.2000 - 30.06.2001)**

Vorlagennr. 1418/2001

Beschlussvorschlag:

Der Haupt - und Finanzausschuss / der Rat nimmt Kenntnis.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen**6. Sitzungstermine in 2002 für Rat / Haupt- und Finanzausschuss**

Vorlagennr. 1429/2001

Beschlussvorschlag:

Der Rat / der Haupt- und Finanzausschuss des Rates legt für das Jahr 2002 folgende Sitzungstermine fest:

HFA		Rat	
30.01.2002	(regulär)	06.02.2002	(regulär)
13.02.2002	(Haushalt)	27.02.2002	(Haushalt)
06.03.2002		14.03.2002	Donnerstag

Osterferien 25.03. - 05.04.2002

10.04.2002	24.04.2002
08.05.2002	22.05.2002
05.06.2002	19.06.2002
03.07.2002	17.07.2002

Sommerferien 18.07. - 30.08.2002

11.09.2002	25.09.2002
09.10.2002	

Herbstferien 14.10. - 25.10.2002

	30.10.2002
13.11.2002	27.11.2002
04.12.2002	18.12.2002

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

7. Satzung zur Durchführung von Bürgerentscheiden

Vorlagenr. 1440/2001

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt den Erlass der als Anlage 1 beigefügten Satzung zur Durchführung von Bürgerentscheiden in der Stadt Siegen.

Beratungsergebnis: 14 Stimmen dafür, 1 dagegen, 0 Enthaltungen

8. Übernahme einer neuen Patenschaft für ein Boot / Schiff der Deutschen Marine

Vorlagenr. 1443/2001

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, beim Ministerium für Verteidigung den Antrag auf Übernahme einer neuen Patenschaft für ein Boot / Schiff der Deutschen Marine zu stellen.

Beratungsergebnis: 12 Stimmen dafür, 1 dagegen, 2 Enthaltungen

- 9. Schlossplatz am Unteren Schloss**
hier: Änderung der Entgeltordnung, Währungsumstellung von DM auf Euro
mit Wirkung vom 01.01.2002

Vorlagennr. 1403/2001

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, den Netto-Mietzins für die Vermietung des Schlossplatzes am Unteren Schloss in Siegen gemäß Ziffer 3 der Entgeltordnung „Mietentgelt“ im Rahmen der Währungsumstellung von DM auf Euro ab 01.01.2002 von 2,--DM m²/Tag auf 1,--Euro m²/Tag festzusetzen.

Die sich aus der Entgeltordnung ergebenden prozentualen Zuschläge bzw. Nachlässe sowie die prozentuale Einnahmeteiligung des Landes NRW gemäß Ergänzungsvereinbarung bleiben von der Neufestsetzung unberührt.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

- 10. Bühne der Stadt Siegen**
hier: Änderung der Entgeltordnung, Währungsumstellung von DM auf Euro mit
Wirkung vom 01.01.2002

Vorlagennr. 1404/2001

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, im Rahmen der Währungsumstellung von DM auf Euro den Grundmietpreis für die Anmietung der Bühne der Stadt Siegen von bisher 1.080,--DM auf 550,--Euro ab 01.01.2002 festzusetzen und die prozentualen

Zuschläge und Nachlässe gemäß beiliegender geänderter Entgeltordnung für die Bühne der Stadt Siegen entsprechend zu berechnen.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**11. Neukonzeption und Bausanierung Oberes Schloss**

Vorlagennr. 1412/2001

Beschlussvorschlag:

Die Neukonzeption und die damit verbundene Bausanierung des Oberen Schlosses wird vor dem Hintergrund des Konzeptes „Siegen – Stadt der Kunst“ im Grundsatz beschlossen. Die notwendigen Mittel werden im Rahmen der jährlichen Haushaltsplanberatungen nach einem noch zu erstellenden Bauprogramm und nach Klärung der erreichbaren Fördermittel bereitgestellt. Dem Kulturausschuss ist jährlich über den Stand der Umsetzung und die Ergebnisse zu berichten.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 5 Enthaltungen**12. Kommunale Beschäftigungsförderung**

- Beteiligung der Stadt Siegen
- Bürgschaft
- Gesellschaftervertrag

Vorlagennr. 1352/2001

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt,

- die Beteiligung an der NAS wird über den 31. Dezember 2000 hinaus verlängert, und zwar unter der Voraussetzung, dass sich hinsichtlich der Verteilung des Defizitausgleichs keine nachteiligen Änderungen ergeben,
- die zur Liquidität der Gesellschaft von der Stadt übernommene Bürgschaft mit Rangrücktrittserklärung in Höhe von 5/8 von 210.000,00 DM = 131.250,00 DM bis zum 31. Dezember 2003 zu verlängern,
- die Stammeinlage von 17.000,00 DM auf 17.602,47 DM/9.000€ zu erhöhen,

- der Neufassung des Gesellschaftervertrages zuzustimmen

Beratungsergebnis: Ohne Abstimmung**13. Kindertageseinrichtung Birkenweg 18 - Sanierung**

Vorlagennr. 1428/2001

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, die Kindertageseinrichtung "Birkenweg 18", Eiserfeld, in Trägerschaft der Arbeiterwohlfahrt Siegen-Wittgenstein/Olpe, Siegen, mit 447.000,00 DM zu sanieren. Der städt. Eigenanteil beträgt 377.777,00 DM. Im Haushaltsjahr 2001 stehen hierfür 176.250,00 DM zur Verfügung. Die Ausfinanzierung der Maßnahme erfolgt im Haushaltsjahr 2002.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**14. "Honorarkräfte" im Bereich der offenen Kinder- und Jugendarbeit;
hier: Stellenplan**

Vorlagennr. 1341/2001

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die Entfristung der im Stellenplan bis zum 31.12.2001 befristeten 7,54 Stellen (früher von Honorarkräften übernommene Aufgaben in den städtischen Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit).

Beratungsergebnis: 12 Stimmen dafür, 3 dagegen, 0 Enthaltungen**15. Förderanträge außerhalb des Haushaltes 2001
- Antrag des Jugendhilfeausschusses -**

Vorlagennr. 1441/2001

Beschlussvorschlag:**Beratungsergebnis: Ohne Abstimmung****16. Brandschutzbedarfsplan der Stadt Siegen 2001 bis 2003**

Vorlagennr. 1422/2001

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt den Brandschutzbedarfsplan für die Feuerwehr der Stadt Siegen für den Zeitraum 2001 bis 2003.

Die Verwaltung wird beauftragt, die dem Brandschutzbedarfsplan entsprechende Finanzplanung vorzunehmen.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**17. Aufgabenkritik;
hier:
Teilweise Schließung der öffentlichen Toilettenanlage im Parkhaus
Geisweid**

Vorlagennr. 1372/2001

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, die Toilettenanlage im Parkhaus Geisweid ausschließlich an den Tagen geöffnet zu halten, an denen im Stadtteil Geisweid Wochenmärkte und Flohmärkte stattfinden. Besondere Anlässe darüber hinaus sind mit der bewirtschaftenden Stelle abzustimmen. Der Beschluss des Rates vom 28.10.1992 wird aufgehoben.

Beratungsergebnis: Ohne Abstimmung**18. Änderung der Abfallwirtschaftssatzung der Stadt Siegen**

Vorlagennr. 1338/2001

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt,

1. die Abfallwirtschaftssatzung der Stadt Siegen vom 23.12.1992 in der derzeit gültigen Fassung vom 25.09.1997 wird entsprechend der Änderungssatzung in Anlage 1 zur Vorlage geändert,
2. der zur Förderung der Eigenkompostierung gewährte Zuschuss bei Anschaffung eines Komposters (§ 1a Nr. 4 Abfallwirtschaftssatzung) in Höhe der Hälfte des Kaufpreises je Stück, höchstens jedoch von 50,00 DM (= 25,56 €) je Stück, wird ab 01.01.2002 auf die Hälfte des Kaufpreises je Stück, höchstens jedoch 25,00 € je Stück festgesetzt,
3. die Geldbuße (§ 20 Abs. 2 Abfallwirtschaftssatzung) von bis zu 10.000 DM (= 5.112,92 €) wird ab 01.01.2002 auf bis zu 10.000 € angehoben.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**19. Bäderkonzeption - Finanzierung
Dringlichkeitsentscheidung nach § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NW**

Vorlagennr. 1446/2001

Beschlussvorschlag:

1. Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen beschließt, weil es sich um einen Fall äußerster Dringlichkeit handelt, gemäß § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NW:

Die Haushaltsmittel für die Finanzierung des Auftrages für die Vergabe der Bäderkonzeption in Höhe von 81.000,00 DM werden außerplanmäßig auf der neu einzurichtenden Haushaltsstelle 1.570.6550.5 bereitgestellt.

Die Deckung erfolgt durch

die Inanspruchnahme von Haushaltsmitteln aus der HHSt. 1.560.5101.2 - Sonderprogramm für die Unterhaltung der Sportplätze - in Höhe von 50.000,00 DM und

aus Mehreinnahmen aus der HHSt. 1.571.1100.0 - Benutzungsgebühren
Freibäder - in Höhe von 31.000,00 DM.

2. Der Rat der Stadt Siegen genehmigt vorstehende Dringlichkeitsentscheidung vom 02.010.2001.

Beratungsergebnis: 14 Stimmen dafür, 1 dagegen, 0 Enthaltungen

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 1
Büro Bürgermeister
Bearbeitet von: Frau Munker / Frau Schmidt

Datum
13.09.2001

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Haupt- und Finanzausschuss

02.10.2001

Rat

24.10.2001

Betreff:

Unterrichtung des Rates und der Fachausschüsse
hier: Verzeichnis der nicht ausgeführten Beschlüsse (01.07.2000 - 30.06.2001)

Beschlussvorschlag:

Der Haupt - und Finanzausschuss / der Rat nimmt Kenntnis.

Sachverhalt / Begründung:

Beschluss datum	Vorla- ge Nr.	Betreff	Begründung für Nichtausfüh- rung
HFA 20.09.2000	661/00	Strukturoffensive Siegen- Mitte Gründung einer Projektge- sellschaft mit der Zielset- zung, eine Philosophie / Marketingstrategie für die Oberstadt zu erarbeiten	Die Zuschussfrage mit dem Land konnte noch nicht abschließend geklärt werden.
Rat 28.02.2001	Antrag gemäß § 9	Busbereitstellungsplatz (Überweisung an Fachauss- schuss)	Verwaltungsvorlage nach Ab- schluss des Normenkontrollverfah- rens.

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
DM	DM	DM	DM	<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit DM	Haushaltsstelle @HST@
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	--	--------------------------

Ulf Stötzel

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 1
Fachbereich Büro Bürgermeister
Bearbeitet von: Frau Munker

Datum
19.09.2001

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Haupt- und Finanzausschuss

02.10.2001

Rat

24.10.2001

Betreff:

Sitzungstermine in 2002 für Rat / Haupt- und Finanzausschuss

Beschlussvorschlag:

Der Rat / der Haupt- und Finanzausschuss des Rates legt für das Jahr 2002 folgende Sitzungstermine fest:

HFA	Rat
30.01.2002 (regulär)	06.02.2002 (regulär)
13.02.2002(Haushalt)	27.02.2002 (Haushalt)
06.03.2002	14.03.2002 Donnerstag
Osterferien 25.03. - 05.04.2002	
10.04.2002	24.04.2002
08.05.2002	22.05.2002
05.06.2002	19.06.2002
03.07.2002	17.07.2002
Sommerferien 18.07. - 30.08.2002	
11.09.2002	25.09.2002
09.10.2002	
Herbstferien 14.10. - 25.10.2002	
	30.10.2002
13.11.2002	27.11.2002
04.12.2002	18.12.2002

Sachverhalt / Begründung:

Der Rat / der Haupt- und Finanzausschuss legen ihre Sitzungstermine im Voraus fest.

Unter weitestmöglicher Berücksichtigung der Sitzungstermine des Landtags NRW schlage ich vorstehende Termine vor.

Ergänzend möchte ich auf folgende Veranstaltungen hinweisen:

Anfang Juli 2002 Sondersitzung des Rates zur 10. Verleihung des Rubenspreises der Stadt Siegen
(genauer Termin wird noch festgelegt)

03. Oktober 2002 Festsitzung des Rates anlässlich des Tags der Deutschen Einheit.

Ulf Stötzel

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja

☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
DM	DM	DM	DM	<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit DM	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	--	-----------------

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich
Fachbereich Büro Bürgermeister
Bearbeitet von:

Datum
20.09.2001

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Haupt- und Finanzausschuss

02.10.2001

Rat

24.10.2001

Betreff:

Satzung zur Durchführung von Bürgerentscheiden

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt den Erlass der als Anlage 1 beigelegten Satzung zur Durchführung von Bürgerentscheiden in der Stadt Siegen.

Sachverhalt / Begründung:

Mit dem Inkrafttreten des Gesetzes zur Änderung der Kommunalverfassung am 17.10.1994 ist der Bürgerentscheid als Instrument direkter Bürgerbeteiligung an der Kommunalverwaltung eingeführt worden. Von Oktober 1994 bis Januar 2001 gab es in Nordrhein-Westfalen 167 Bürgerbegehren, bei denen es in 51 Fällen zu einem Bürgerentscheid gekommen ist. Das Innenministerium hat von der Ermächtigung der Gemeindeordnung (GO), durch Rechtsverordnungen das Nähere über die Durchführung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheid zu regeln, bisher keinen Gebrauch gemacht. In NRW setzt ein Bürgerentscheid zwingend ein Bürgerbegehren voraus. Der als Anlage beigelegte Entwurf einer Satzung entspricht im wesentlichen der Mustersatzung des Nordrhein-Westfälischen Städte- und Gemeindebundes, an die sich auch andere Städte (Olpe, Gütersloh, Paderborn u.a.) anlehnten. Eine Mustersatzung des Städtetages existiert nicht. In dieser Satzung sind ausschließlich Regelungen zum Verfahren bei der Abstimmung im Rahmen eines Bürgerentscheides enthalten. Während das Verfahren zum Bürgerbegehren abschließend in § 26 GO geregelt ist, ist die Entscheidung in Einzelfragen bezüglich der Durchführung von Bürgerentscheiden der jeweiligen Gemeinde überlassen worden.

Für die Stadt Siegen sind daher bestimmte Detailfragen zu regeln hinsichtlich:

- der Durchführung des Bürgerentscheides an einem bestimmten Abstimmungstag oder innerhalb eines Abstimmungszeitraumes (2 Wochen)
- der Möglichkeit einer Briefwahl
- der Anzahl der einzurichtenden Wahllokale
- ob der Bürgerentscheid auf einer Satzung oder einem einfachen Ratsbeschluss beruhen soll
- der Möglichkeit, die Abstimmungsberechtigten schriftlich durch den Bürgermeister oder durch Veröffentlichung in der Tagespresse zu benachrichtigen

Nach Vorberatung im Ältestenrat schlage ich vor, diese Fragen losgelöst vom konkreten Einzelfall in einer Satzung für die Stadt Siegen festzulegen.

Die Bestimmungen der Mustersatzung orientieren sich eng am Kommunalwahlrecht (Kommunalwahlgesetz und – wahlordnung). Soweit Abweichungen in der Satzung der Stadt Siegen sinnvoll erscheinen, werden sie in den nachstehenden Erläuterungen begründet.

Als Anlage ist der Entwurf der Satzung beigelegt. Die in den nachfolgenden Erläuterungen enthaltenen Gliederungsziffern entsprechen den eingerahmten Ziffern im Entwurf.

Erläuterungen zum Satzungsentwurf:

- 1

 Gem. § 3 teilt der Bürgermeister das Abstimmungsgebiet in Stimmbezirke ein. Eine Einteilung in Stimmbezirke wie bei der letzten Kommunalwahl hätte zur Konsequenz, dass im Abstimmungsgebiet 80 Wahllokale eingerichtet werden müssten. Ich schlage daher in Hinblick darauf, dass dies mit einem hohen Kostenfaktor und Personalaufwand verbunden ist vor, das Abstimmungsgebiet in die bisherigen 29 Wahlbezirke einzuteilen und in jedem dieser Bezirke ein Wahllokal einzurichten.
- 2

 In Zusammenhang mit den Vorschriften über den Stimmschein (vergleichbar dem Wahlschein bei der Kommunalwahl) ist – wie es auch die Mustersatzung vorsieht - über die Zulässigkeit der Briefwahl zu entscheiden.
Mit der Möglichkeit der Briefwahl wäre ein zusätzlicher, erheblicher Personal- und Sachaufwand verbunden. Des Weiteren würden bei dieser Form der Abstimmung weitere Kosten anfallen. Legt man die Vergleichszahlen der letzten Kommunalwahl zugrunde, bei der ca. 7.500 Abstimmungsberechtigte von der Möglichkeit einer Briefwahl Gebrauch gemacht hatten, so würden allein zusätzlich Portokosten von rund 22.000 DM anfallen.
Ich schlage daher vor, auf die Möglichkeit der Abstimmung per Briefwahl zu verzichten (siehe auch § 12 Abs. 5 des Satzungsentwurfes).
- 3

 Die Mustersatzung lässt die Möglichkeit offen, jeden Abstimmungsberechtigten vor Auslegung des Abstimmungsverzeichnisses durch den Bürgermeister benachrichtigen zu lassen oder die erforderlichen Informationen in einer öffentlichen Bekanntmachung zusammenzufassen.

Bei einer öffentlichen Bekanntmachung müssten u.a. die Zusammensetzung aller Stimmbezirke mit namentlicher Nennung der Straßen und die jeweils zur Verfügung stehenden Abstimmungslokale aufgeführt werden. Eine derart umfangreiche Bekanntmachung würde wahrscheinlich wegen der damit verbundenen Unübersichtlichkeit ihren Zweck verfehlen. Die geschätzten Kosten einer schriftlichen Benachrichtigung i.H.v. ca. 37.000 DM wären zwar im Vergleich zu den Veröffentlichungskosten von ca. 18.000 DM höher einzuschätzen, jedoch unter den Aspekten der Bürgerfreundlichkeit und Verfahrenseffizienz sinnvoll, da eine klare Zuordnung zum jeweiligen Stimmbezirk, bzw. Wahllokal gegeben ist und Verzögerungen im Ablauf der Abstimmung aufgrund einer notwendigen Legitimation der Abstimmungsberechtigten durch Personalausweis entfällt.

Ich schlage daher vor, spätestens am Tage vor der Auslegung des Abstimmungsverzeichnisses jeden Abstimmungsberechtigten, der in das Abstimmungsverzeichnis eingetragen ist, zu benachrichtigen

- 4 § 8 des Satzungsentwurfes ist zusätzlich eingefügt worden. Die Mustersatzung enthält eine vergleichbare Regelung nicht, obwohl sie bei den Verweisungen auf das Kommunalwahlrecht den einschlägigen § 14 Kommunalwahlordnung für entsprechend anwendbar erklärt. Aus Gründen der Vollständigkeit halte ich die vorgeschlagenen Bestimmungen, vor allem wegen der Rechte der Abstimmungsberechtigten hinsichtlich des Datenschutzes (§ 8 Nr. 2) und der Einspruchsmöglichkeit gegen das Abstimmungsverzeichnis (§ 8 Nr. 3) für sinnvoll.

- 5 Lt. Mustersatzung besteht die Möglichkeit, den Bürgerentscheid an einem Sonntag, welcher vom Rat bestimmt wird, durchzuführen oder den Bürgerentscheid innerhalb eines Abstimmungszeitraumes von zwei Wochen stattfinden zu lassen. Die Kosten, die bei Festlegung eines längeren Abstimmungszeitraumes aufgrund des vorzuhaltenden Personals und der ehrenamtlichen Wahlhelfer entstehen, würden den finanziellen Aufwand für die Entschädigung der bei einem festgelegten Abstimmungstag einzusetzenden ehrenamtlich tätigen Vorstände in den Abstimmungslokalen übersteigen. Des Weiteren ist davon auszugehen, dass die Konzentration der Abstimmung auf einen Sonntag mit Bildung der gewohnten Bezirke und Wahllokale die Abstimmungsbeteiligung begünstigen würde. Ich schlage daher vor, die Abstimmung an einem durch den Rat bestimmten Tag durchzuführen.

- 6 Die Mustersatzung sieht eine Abstimmungsprüfung nicht vor. Statt in einem förmlichen Abstimmungsverfahren sollen hier Zweifel am Ergebnis der Stimmenzählung vor der Feststellung des Ergebnisses (§14 Abs.1) durch eine Wiederholung der Auszählung ausgeräumt werden. Ich schlage vor, dass bei einem derart komplexen Verfahren schon aus rechtsstaatlichen Gründen eine der Wahlprüfung im Kommunalwahlrecht vergleichbare Abstimmungsprüfung vorgesehen werden sollte. Daher enthält § 17 des Satzungsentwurfes ein vereinfachtes Einspruchsverfahren vor, über das mit einem Ratsbeschluss entschieden wird.

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☐ nein im Einzelfall

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt- bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforder- lich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
------------------------------	-----------------------	-----------------------------	--	---

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Ulf Stötzel

Anlage 1

Satzung
zur Durchführung von Bürgerentscheiden
in der Stadt Siegen vom _____

Präambel

Aufgrund von § 7 Abs. 1 Satz 1 i. V. mit § 41 Abs. 1 Satz 2 Buchstabe f der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28. März 2000 (GV. NRW. S. 245) hat der Rat der Stadt Siegen am _____ folgende Satzung zur Durchführung von Bürgerentscheiden beschlossen:

§ 1
Geltungsbereich

Diese Satzung gilt für die Durchführung von Bürgerentscheiden im Gebiet der Stadt Siegen (Abstimmungsgebiet).

§ 2
Zuständigkeiten

- (1) Der Bürgermeister leitet die Abstimmung. Er ist für die ordnungsgemäße Vorbereitung und Durchführung des Bürgerentscheides verantwortlich, soweit die Gemeindeordnung oder diese Satzung nichts anderes bestimmen.
- (2) Der Bürgermeister bildet für jeden Stimmbezirk einen Abstimmungsvorstand. Der Abstimmungsvorstand besteht aus dem Vorsteher, dem stellvertretenden Vorsteher und drei bis sechs Beisitzern. Der Bürgermeister bestimmt die Zahl der Mitglieder des Abstimmungsvorstandes und beruft die Mitglieder des Abstimmungsvorstandes. Der Abstimmungsvorstand entscheidet mit Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorstehers den Ausschlag.
- (3) Die Mitglieder in den Abstimmungsvorständen üben eine ehrenamtliche Tätigkeit aus, auf die sinngemäß die allgemeinen Vorschriften des kommunalen Verfassungsrechts mit Ausnahme des § 31 der Gemeindeordnung Anwendung finden.

§ 3
Stimmbezirke

1

Der Bürgermeister teilt das Abstimmungsgebiet in Stimmbezirke ein. Grundlage bildet die Einteilung der Wahlbezirke der letzten Kommunalwahl.

§ 4

Abstimmungsberechtigung

- (1) Abstimmungsberechtigt ist, wer am Tag des Bürgerentscheids Deutscher im Sinne von Artikel 116 Abs. 1 des Grundgesetzes ist oder die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedsstaats der Europäischen Gemeinschaft besitzt, das 16. Lebensjahr vollendet hat und mindestens seit 3 Monaten im Gemeindegebiet seine Wohnung, bei mehreren Wohnungen seine Hauptwohnung hat.
- (2) Von der Abstimmungsberechtigung ausgeschlossen ist:
 1. derjenige, für den zur Besorgung aller seiner Angelegenheiten ein Betreuer nicht nur durch einstweilige Anordnung bestellt ist; dies gilt auch, wenn der Aufgabenkreis des Betreuers die in § 1896 Abs. 4 und § 1905 des Bürgerlichen Gesetzbuches bezeichneten Angelegenheiten nicht erfasst,
 2. wer infolge Richterspruchs in der Bundesrepublik Deutschland das Wahlrecht nicht besitzt.

§ 5

Abstimmungsverzeichnis

- (1) In jedem Abstimmungsbezirk wird ein Abstimmungsverzeichnis geführt. In das Abstimmungsverzeichnis werden alle Personen eingetragen, bei denen am 35. Tage vor dem Bürgerentscheid (Stichtag) feststeht, dass sie abstimmungsberechtigt und nicht von der Abstimmung ausgeschlossen sind.
- (2) Der Bürger kann nur in dem Stimmbezirk abstimmen, in dessen Abstimmungsverzeichnis er eingetragen ist.
- (3) Inhaber eines Stimmscheines können in jedem Stimmbezirk des Abstimmungsgebietes abstimmen.
- (4) Das Abstimmungsverzeichnis ist an den Werktagen vom 20. bis zum 16. Tage vor dem Bürgerentscheid zur allgemeinen Einsicht öffentlich auszulegen.

§ 6

2

Stimmschein

- (1) Abstimmen kann nur, wer in ein Abstimmungsverzeichnis eingetragen ist oder einen Stimmschein hat.
- (2) Ein Abstimmungsberechtigter, der nicht in das Abstimmungsverzeichnis eingetragen ist, erhält auf Antrag einen Stimmschein.

§ 7

Benachrichtigung der Abstimmungsberechtigten

3

- (1) Spätestens am Tage vor der Auslegung des Abstimmungsverzeichnisses benachrichtigt der Bürgermeister jeden Abstimmungsberechtigten, der in das Abstimmungsverzeichnis eingetragen ist.
- (2) Die Benachrichtigung enthält folgende Angaben:
 1. den Familiennamen, den Vornamen und die Wohnung des Abstimmungsberechtigten,
 2. den Stimmbezirk und den Stimmraum,
 3. den Tag des Bürgerentscheids und die Abstimmungszeit,
 4. den Text der zu entscheidenden Frage,
 5. die Nummer, unter der der Abstimmungsberechtigte in das Verzeichnis der Abstimmungsverzeichnis eingetragen ist,
 6. die Aufforderung, diese Benachrichtigung und einen gültigen Ausweis zur Abstimmung mitzubringen, verbunden mit dem Hinweis, dass auch bei Verlust dieser Benachrichtigung an dem Bürgerentscheid teilgenommen werden kann,
 7. die Belehrung, dass diese Benachrichtigung einen Stimmschein nicht ersetzt und daher nicht zur Stimmabgabe in einem anderen als dem angegebenen Stimmraum berechtigt.

§ 8

Bekanntmachung über das Verzeichnis

4

der Abstimmungsberechtigten und die Stimmscheine

- (1) Der Bürgermeister macht spätestens am 24. Tage vor der Abstimmung öffentlich bekannt,
 1. wo, wie lange und zu welchen Tagesstunden das Verzeichnis der Abstimmungsberechtigten ausliegt,
 2. dass auf Verlangen von Abstimmungsberechtigten im Verzeichnis der Abstimmungsberechtigten ihr Geburtsdatum unkenntlich gemacht wird,
 3. dass innerhalb der Auslegungsfrist beim Bürgermeister Einspruch gegen das Verzeichnis der Abstimmungsberechtigten eingelegt werden kann,
 4. wo, in welcher Zeit und unter welchen Voraussetzungen ein Stimmschein beantragt werden kann,
 5. dass den Abstimmungsberechtigten, die in das Verzeichnis der Abstimmungsberechtigten eingetragen sind, bis spätestens zum 21. Tage vor der Abstimmung eine Benachrichtigung zugeht.

§ 9

Tag des Bürgerentscheids, Bekanntmachung

5

- (1) Der Bürgerentscheid findet an einem Sonntag statt. Der Tag wird vom Rat festgelegt.
- (2) Die Abstimmungszeit dauert von 8.00 Uhr bis 18.00 Uhr.
- (3) Unverzüglich nach der Bestimmung des Tags des Bürgerentscheids durch die Stadtverordnetenversammlung macht der Bürgermeister den Tag des Bürgerentscheids und dessen Gegenstand öffentlich bekannt. Die Bekanntmachung enthält:

1. den Tag des Bürgerentscheids,
2. den Text der zu entscheidenden Frage.

Die Bekanntmachung kann eine Erläuterung des Bürgermeisters enthalten, in der kurz und sachlich sowohl die Begründung der Antragsteller als auch die von dem zuständigen Gemeindeorgan vertretene Auffassung über den Gegenstand des Bürgerentscheids dargestellt wird.

- (4) Spätestens am sechsten Tage vor dem Bürgerentscheid macht der Bürgermeister unter Hinweis auf die Bekanntmachung nach Abs. 3 den Tag des Bürgerentscheids, Beginn und Ende der Abstimmungszeit, den Text der zu entscheidenden Frage sowie die Stimmbezirke und Stimmräume öffentlich bekannt. Die Bekanntmachung enthält:
 1. den Hinweis auf die in der Benachrichtigung enthaltenen Angaben zum Stimmbezirk und zum Stimmraum
 2. den Hinweis, dass die Stimmzettel amtlich hergestellt und im Stimmraum bereitgehalten werden,
 3. den Hinweis, dass ein gültiger Ausweis mitzubringen ist, damit sich der Abstimmende bei Verlangen über seine Person ausweisen kann,
 4. den Hinweis, dass der Abstimmende nur eine Stimme hat, die abgegeben wird, indem durch Ankreuzen oder auf andere Weise eindeutig kenntlich gemacht wird, welcher Antwort die Stimme gelten soll,
 5. den Hinweis, in welcher Weise mit Stimmschein abgestimmt werden kann.
- (5) Ein Abdruck der Bekanntmachung nach Abs. 4 ist vor Beginn der Abstimmung am Eingang des Gebäudes, in dem sich der Stimmraum befindet, anzubringen. Dem Abdruck ist ein Stimmzettel beizufügen.

§ 10 Stimmzettel

Die Stimmzettel werden amtlich hergestellt. Sie müssen die zu entscheidende Frage enthalten und auf "ja" und "nein" lauten. Zusätze sind unzulässig.

§ 11 Öffentlichkeit

- (1) Die Abstimmungshandlung und die Ermittlung des Abstimmungsergebnisses in den Stimmbezirken sind öffentlich. Der Abstimmungsvorstand kann aber im Interesse der Abstimmungshandlung die Zahl der im Stimmlokal Anwesenden beschränken.
- (2) Den Anwesenden ist jede Einflussnahme auf die Abstimmungshandlung und das Abstimmungsergebnis untersagt.
- (3) In und an dem Gebäude, in dem sich der Abstimmungsraum befindet, ist jede Beeinflussung der Abstimmenden durch Wort, Ton, Schrift oder Bild verboten.
- (4) Die Veröffentlichung von Ergebnissen von Abstimmungsbefragungen nach der Stimmabgabe über den Inhalt der Abstimmungsentscheidung ist vor Ablauf der Abstimmungszeit unzulässig.

§ 12 Stimmabgabe

- (1) Der Abstimmende hat eine Stimme. Er gibt seine Stimme geheim ab.
- (2) Der Abstimmende gibt seine Stimme in der Weise ab, dass er durch ein auf den Stimmzettel gesetztes Kreuz oder auf andere Weise eindeutig kenntlich macht, welcher Antwort sie gelten soll.
- (3) Der Abstimmende faltet daraufhin den Stimmzettel und wirft ihn in die Abstimmungsurne.
- (4) Der Abstimmende kann seine Stimme nur persönlich abgeben. Ein Abstimmender, der des Lesens unkundig oder durch körperliches Gebrechen gehindert ist, den Stimmzettel zu kennzeichnen, zu falten und in die Abstimmungsurne zu werfen, kann sich der Hilfe einer anderen Person (Hilfsperson) bedienen.
- (5) Eine Stimmabgabe per Brief findet nicht statt.

§ 13 Stimmenzählung

- (1) Die Stimmenzählung erfolgt unmittelbar im Anschluss an die Abstimmungshandlung durch den Abstimmungsvorstand.
- (2) Bei der Stimmenzählung ist zunächst die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen an Hand des Abstimmungsverzeichnisses sowie der eingenommenen Abstimmsscheine festzustellen und mit der Zahl der in den Urnen befindlichen Stimmzettel zu vergleichen. Danach wird die Zahl der gültigen Stimmen und der auf jede Antwort entfallenen Stimmen ermittelt.
- (3) Über die Gültigkeit der Stimmen entscheidet der Abstimmungsvorstand.

§ 14 Ungültige Stimmen

Ungültig sind Stimmen, wenn der Stimmzettel:

1. nicht amtlich hergestellt ist,
2. keine Kennzeichnung enthält,
3. den Willen des Abstimmenden nicht zweifelsfrei erkennen lässt,
4. einen Zusatz oder Vorbehalt enthält.

§ 15 Feststellung des Ergebnisses

- (1) Der Rat stellt das Ergebnis des Bürgerentscheids spätestens am 10. Tage nach dem Bürgerentscheid fest. Die Frage ist in dem Sinne entschieden, in dem sie von der Mehrheit der gültigen Stimmen beantwortet wurde, sofern diese Mehrheit mindestens 20 v. H. der Bürger beträgt. Bei Stimmengleichheit gilt die Frage als mit Nein beantwortet.
- (2) Der Bürgermeister macht das festgestellte Ergebnis öffentlich bekannt.

§ 16 Abstimmungsprüfung

- (1) Gegen das Ergebnis kann jeder Abstimmungsberechtigte binnen eines Monats nach Bekanntgabe schriftlich oder zur Niederschrift unter Angabe von Gründen Einspruch beim Bürgermeister einlegen.
- (2) Der Rat befindet durch Beschluss über diesen Einspruch

§ 17 Anwendung der Kommunalwahlordnung

Folgende Vorschriften der Kommunalwahlordnung vom 31. August 1993 (GV. NRW. S. 592, 967), zuletzt geändert durch Verordnung vom 27. August 1998 (GV. NRW. S. 509), finden entsprechende Anwendung: §§ 4, 7, 9 - 11, 12 Abs. 1, 2 und 4, 14 (mit Ausnahme Nr. 5 und 6) - 19, 22, 33 - 55, 63, 81 - 83.

§ 18 Inkrafttreten

Die Satzung zur Durchführung von Bürgerentscheiden tritt mit dem Tage nach der Bekanntmachung in Kraft. Sie tritt außer Kraft, sobald der Innenminister NRW durch Rechtsverordnung Regelungen zum Bürgerentscheid trifft.

Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende Satzung wird hiermit öffentlich bekanntgemacht.

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO) beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn,

1. eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt,
2. diese Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekanntgemacht worden,
3. der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
4. der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt Siegen vorher gerügt und dabei auch die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Siegen, den

Ulf Stötzel
Bürgermeister

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 1
Fachbereich Medien- und Öffentlichkeitsarbeit
Bearbeitet von: Astrid Schneider

Datum
20.09.2001

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Haupt- und Finanzausschuss

02.10.2001

Rat

24.10.2001

Betreff:

Übernahme einer neuen Patenschaft für ein Boot / Schiff der Deutschen Marine

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, beim Ministerium für Verteidigung den Antrag auf Übernahme einer neuen Patenschaft für ein Boot / Schiff der Deutschen Marine zu stellen.

Sachverhalt / Begründung:

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja

☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
DM	DM	DM	DM	<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit DM	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	--	-----------------

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich
Fachbereich Soziales, Familie, Jugend, Wohnen
Bearbeitet von:

Datum
18.09.2001

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Haupt- und Finanzausschuss	02.10.2001
Jugendhilfeausschuss	23.10.2001
Rat	24.10.2001

Betreff:

Kindertageseinrichtung Birkenweg 18 - Sanierung

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, die Kindertageseinrichtung "Birkenweg 18", Eiserfeld, in Trägerschaft der Arbeiterwohlfahrt Siegen-Wittgenstein/Olpe, Siegen, mit 447.000,00 DM zu sanieren. Der städt. Eigenanteil beträgt 377.777,00 DM. Im Haushaltsjahr 2001 stehen hierfür 176.250,00 DM zur Verfügung. Die Ausfinanzierung der Maßnahme erfolgt im Haushaltsjahr 2002.

Sachverhalt / Begründung:

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja

☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
DM	DM	DM	DM	<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit DM	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	--	-----------------

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich
Fachbereich Feuerschutz und Rettungsdienst
Bearbeitet von:

Datum
13.09.2001

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Feuerschutzausschuss	26.09.2001
Haupt- und Finanzausschuss	02.10.2001
Rat	24.10.2001

Betreff:

Brandschutzbedarfsplan der Stadt Siegen 2001 bis 2003

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt den Brandschutzbedarfsplan für die Feuerwehr der Stadt Siegen für den Zeitraum 2001 bis 2003.

Die Verwaltung wird beauftragt, die dem Brandschutzbedarfsplan entsprechende Finanzplanung vorzunehmen.

Sachverhalt / Begründung:

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja

☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
DM	DM	DM	DM	<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit DM	Haushaltsstelle @HST@
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	--	--------------------------

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 4
Fachbereich Stadtreinigung
Bearbeitet von: Jürgen Röcher

Datum
06.09.2001

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Bezirksausschuss I - Geisweid	18.09.2001
Haupt- und Finanzausschuss	02.10.2001
Rat	24.10.2001

Betreff:

Aufgabenkritik;
hier:

Teilweise Schließung der öffentlichen Toilettenanlage im Parkhaus Geisweid

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, die Toilettenanlage im Parkhaus Geisweid ausschließlich an den Tagen geöffnet zu halten, an denen im Stadtteil Geisweid Wochenmärkte und Flohmärkte stattfinden. Besondere Anlässe darüber hinaus sind mit der bewirtschaftenden Stelle abzustimmen. Der Beschluss des Rates vom 28.10.1992 wird aufgehoben.

Sachverhalt / Begründung:

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
DM	DM	DM	DM	<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit DM	Haushaltsstelle @HST@
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	--	--------------------------

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich
Fachbereich Stadtreinigung
Bearbeitet von:

Datum
22.08.2001

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie	06.09.2001
Haupt- und Finanzausschuss	02.10.2001
Rat	24.10.2001

Betreff:

Änderung der Abfallwirtschaftssatzung der Stadt Siegen

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt,

1. die Abfallwirtschaftssatzung der Stadt Siegen vom 23.12.1992 in der derzeit gültigen Fassung vom 25.09.1997 wird entsprechend der Änderungssatzung in Anlage 1 zur Vorlage geändert,
2. der zur Förderung der Eigenkompostierung gewährte Zuschuss bei Anschaffung eines Komposters (§ 1a Nr. 4 Abfallwirtschaftssatzung) in Höhe der Hälfte des Kaufpreises je Stück, höchstens jedoch von 50,00 DM (= 25,56 €) je Stück, wird ab 01.01.2002 auf die Hälfte des Kaufpreises je Stück, höchstens jedoch 25,00 € je Stück festgesetzt,
3. die Geldbuße (§ 20 Abs. 2 Abfallwirtschaftssatzung) von bis zu 10.000 DM (= 5.112,92 €) wird ab 01.01.2002 auf bis zu 10.000 € angehoben.

Sachverhalt / Begründung:

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
DM	DM	DM	DM	<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit DM	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	--	-----------------

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 2
Fachbereich Sport, Bäder
Bearbeitet von: Herrn Paul

Datum
26.09.2001

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Haupt- und Finanzausschuss

02.10.2001

Rat

24.10.2001

Betreff:

Bäderkonzeption - Finanzierung
Dringlichkeitsentscheidung nach § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NW

Beschlussvorschlag:

1. Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen beschließt, weil es sich um einen Fall äußerster Dringlichkeit handelt, gemäß § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NW:

Die Haushaltsmittel für die Finanzierung des Auftrages für die Vergabe der Bäderkonzeption in Höhe von 81.000,00 DM werden außerplanmäßig auf der neu einzurichtenden Haushaltsstelle 1.570.6550.5 bereitgestellt.

Die Deckung erfolgt durch

die Inanspruchnahme von Haushaltsmitteln aus der HHSt. 1.560.5101.2 -
Sonderprogramm für die Unterhaltung der Sportplätze - in Höhe von
50.000,00 DM und

aus Mehreinnahmen aus der HHSt. 1.571.1100.0 - Benutzungsgebühren
Freibäder - in Höhe von 31.000,00 DM.

2. Der Rat der Stadt Siegen genehmigt vorstehende Dringlichkeitsentscheidung vom 02.10.2001.

Sachverhalt / Begründung:

Finanzielle Auswirkungen

☒ ja☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
81.000 DM	DM	81.000 DM	DM	<input checked="" type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input checked="" type="checkbox"/> im VerwH 2001 apl.	<input type="checkbox"/> Nein	<input checked="" type="checkbox"/> Ja, mit 81.000 DM	Haushaltsstelle 1.570.6550.5
-----------------------------------	---	-------------------------------	--	---------------------------------